

INDIEN

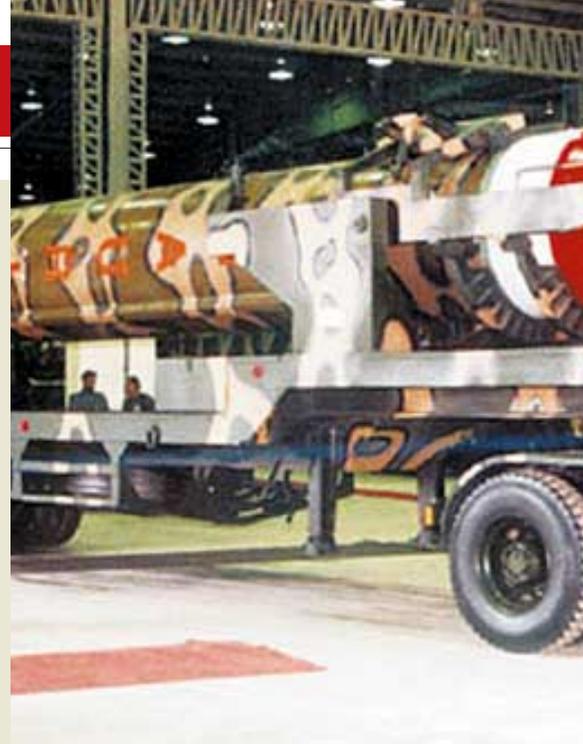
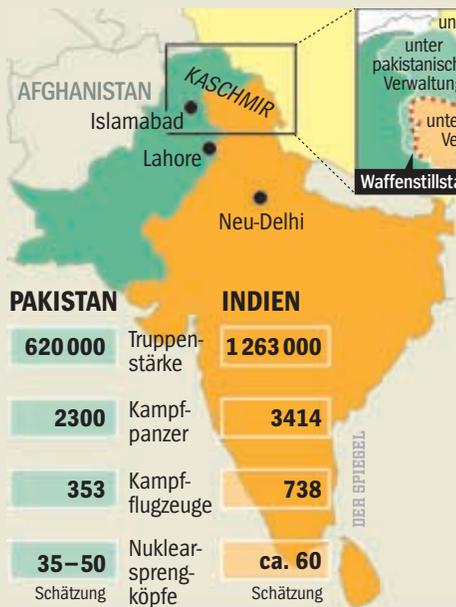
# Gefährliche Lieferung

Die Großmacht Russland heizt das Wettrennen in Südasien an und stattet das zu Sowjetzeiten verbündete Indien mit neuer nuklearer Angriffstechnik aus. Moskau liefert – leihweise – vier Langstrecken-

Bomber vom Typ Tu-22M-3, die auch strategische Ziele in China erreichen können, sowie zwei Atom-U-Boote der Klasse „Akula“. Neu-Delhis Untersee flotte besteht bislang nur aus

etwa 19 herkömmlichen Tauchschiffen. Die Russen lassen sich ihren Freundschaf tsdienst allerdings aufwendig entlohnen. Umgerechnet 2,87 Milliarden Euro kostet der Leasing-Vertrag, den der indische Verteidigungsminister

George Fernandes vorvergangenes Wochenende in Moskau unterschrieben hat. Ende März soll das High-tech-Geschäft endgültig besiegelt werden. Dem Handel war wieder einmal militärische Kraftmeierei zwischen den verfeindeten Nachbarn auf dem Subkontinent vorausgegangen. Pakistan hatte eine Hatf-5-Rakete (Ghauri) mit bis zu 1500 Kilometer Reichweite in Dienst gestellt – „ein stolzer Tag“, wie Präsident Pervez Musharraf fand. Indien antwortete wenig später mit dem Test einer Agni-1-Rakete, die einen Atomspreng-



Pakistanische Ghauri-Rakete auf einer mobilen

kopf von einer Tonne 800 Kilometer weit befördern kann – „ein Bilderbuchstart“, lobte Fernandes und drohte: Zwei oder sogar mehr Atombomben könne Indien einstecken, „aber wenn wir zurückschlagen, wird es kein Pakistan mehr geben“. Experten halten den nuklearen Rüstungswettlauf der beiden Staaten für außerordentlich gefährlich: Die vorhandenen Raketen könnten jeweils binnen weniger Minuten die Haupt-

ASEAN

# Gemeinsam gegen den Terror

Mehr als drei Monate nach den mörderischen Bombenanschlägen auf der Urlaubsinsel Bali, bei denen mindestens 192 Touristen starben, wollen die Regierungen der Asean-Staaten ihre Kooperation im Kampf gegen den Terrorismus verbessern. Um Täter effizienter verfolgen und Opfer einfacher identifizieren zu können, setzen die Polizeibehörden des zehn Nationen zählenden Regionalbündnisses künftig auf engen Informationsaustausch. „Im Fall eines Angriffs muss das betroffene Land die anderen Asean-Partner um Hilfe bitten“, so Indonesiens Polizeichef Dai Bachtiar. Das neue polizeiliche Netzwerk, das im Juni seine Arbeit aufnehmen soll, richtet sich vor allem gegen die radikal-muslimischen Extremisten der „Jemaah Islamiah“. Die Terrorgruppe, die für die Anschläge von Bali verantwortlich gemacht wird, ist in Südostasien aktiv

und soll über enge Verbindungen zu al-Qaida verfügen. Indonesiens Behörden haben im Zusammenhang mit dem Blutbad mindestens 30 Verdächtige festgenommen; der Anführer der Gruppe, Hambali, so vermuten die Behörden, hat sich ins Ausland abgesetzt. Trotz der Initiative der Sicherheitsbehörden gibt es bei der Strafverfolgung von Bombenattentätern jenseits der Landesgrenzen erhebliche Schwierigkeiten: Noch immer werden verdächtige Terroristen nicht an die Justiz oder Polizei der Nachbarländer ausgeliefert.



Zerstörter Nachtclub auf Bali

GRIECHENLAND

# Makabrer Bluff

Griechische Industrielle, Reeder und Zeitungsverleger haben offenbar regelmäßig dafür bezahlt, vom Terror der links-extremen Killer-Gruppe 17. November (17N) verschont zu werden. 27 Jahre lang hatten 17N-Fanatiker Griechenland mit einem Privatkrieg überzogen, bei über 200 Anschlägen 23 Menschen getötet und mehr als 100 verletzt. Vorigen Sommer flogen sie auf, nun soll der Prozess Anfang März beginnen. Im Nachlass eines 17N-Opfers, des Stahlmagnaten Dimitris Angelopoulos, fanden die Angehörigen Belege für eine Erpressung großen Stils. Die jetzt der Justiz übergebenen Gesprächsnotizen und Kopien von Schecks zeigen, wie Angelopoulos und andere Upperclass-Griechen regelmäßig große Geldbeträge zahlten, weil sie annahmen, dadurch den Todesschwadronen der 17N zu entgehen. Für manche ein tödlicher Irrtum: Angelopoulos wurde Beispielsweise 1986 von der Stadtguerilla ermordet. Denn das Ganze war ein makabrer Bluff, die Terrortruppe 17N hatte keine Ahnung von dem Schutzgeld-System. Das soll sich vielmehr der ultrarechte Verleger einer Mini-Zeitung,



Abschussrampe

städte Neu-Delhi oder Islamabad erreichen und mit ihren Atomsprenköpfen vernichten. Das mit konventionellen Waffen und seiner Heeresstärke deutlich unterlegene, innenpolitisch unruhige Pakistan stehe deshalb in besonderer Versuchung, beim nächsten schweren Konflikt zu Atomwaffen zu greifen. Im Gegensatz zu Indien hat die Regierung Musharraf auf die Möglichkeit eines Erstschlags offiziell nicht verzichtet.

Grigoris Michalopoulos, ausgedacht haben, so jedenfalls die Staatsanwaltschaft. Derzeit lädt die Athener Justiz einen illustren Landsmann nach dem anderen vor, der milliardenschwere Banker Ioannis Latsis steht ebenso auf der Liste der mutmaßlich Erpressten wie vier orthodoxe Bischöfe. Michalopoulos, der jedoch alle Vorwürfe bestreitet, soll nicht nur mit dem Pseudoschutz vor 17N-Attacken zahlreiche Griechen erpresst, sondern über seine Opfer auch belastendes Material gesammelt und eingesetzt haben, das sowohl Geschäftliches als auch Privates umfasst.



17N-Attentat in Athen

## RUSSLAND

### Angst um Schlösser

Über die Rehabilitierung der im Juli 1918 von den Bolschewiki ermordeten Zarenfamilie Nikolais II. soll schon bald entschieden werden. Bis Ende Januar will sich die beim russischen Präsidenten angesiedelte Kommission für die Rehabilitierung von Opfern politischer Repression mit dem Fall befassen. Das Gremium will sich für einen entsprechenden Erlass einsetzen, die endgültige Entscheidung liegt jedoch bei Präsident Wladimir Putin. Die Moskauer Generalstaatsanwaltschaft hingegen lehnt eine Rehabilitierung des getöteten Monarchen unverändert ab, da die Täter angeblich nicht in staatlichem Auftrag aus Moskau gehandelt hätten. Mögliches Motiv für die harte Haltung der obersten Ankläger: Der russische Staat müsste unter Umständen mit den Erben der rehabilitierten Romanows um eine Rückerstattung von Schlössern, Gütern

oder gar des Kreml vor Gericht streiten. Begehrlich zeigen sich bisher vor allem vermeintliche Romanow-Nachgeborene, deren Legitimität umstritten ist. Fürst Nikolai Romanow hingegen, das Familienoberhaupt, lehnt materielle Forderungen ab: „Wir dienen Russland und wollen nichts von ihm nehmen. Das ist unser Prinzip.“



Getötete Zarenfamilie Nikolais II.



Wahlsieger Balkenende

## NIEDERLANDE

### In der Zwickmühle

Für den christdemokratischen Ministerpräsidenten Jan Peter Balkenende, 46, wird der Wahlsieg bei den niederländischen Parlamentswahlen zum bitter-süßen Erfolg: Seine Wunschpartner für eine Koalition in der Den Haager Regierung, die rechts- und linksliberalen Parteien VVD und D66, zeigen ihm bislang die kalte Schulter. Sie drängen ihn stattdessen in eine Große Koalition mit den wiedererstarkten Sozialdemokraten.

Die hatten mit einer ganz auf ihren charismatischen Spitzenkandidaten Wouter Bos zugeschnittenen Wahlkampagne die verheerende Niederlage bei den vorigen Wahlen wettgemacht und auf Anhieb 19

Mandate zurückgewonnen. Mit 42 Sitzen wurden sie zweitstärkste Partei im Haager Parlament. Da sie von den Christdemokraten nur noch zwei Sitze trennen, hätten sie Anspruch auf eine starke Ministerriege. Balkenende will dies, auch wegen angeblich „inhaltlicher Schwächen“, verhindern und zuerst mit anderen das Gespräch suchen. Der Wähler habe den eindeutigen Auftrag zu einer Großen Koalition gegeben, winkte die linksliberale D66 schon ab. Man wolle nicht den Mehrheitsbeschaffer für ein Zentrum-Rechtsbündnis abgeben. Auch die marktliberale VVD, die bislang mit den Christdemokraten regierte, rät erst zu einem Test schwarzer Gemeinsamkeiten. Für ein von Balkenende favorisiertes Zweierbündnis fehlen vier Stimmen zur Parlamentsmehrheit. Königin Beatrix wird voraussichtlich in dieser Woche einen „Informateur“ benennen. Er soll dann die möglichen Konstellationen ausloten.

Sitzverteilung in der Zweiten Kammer des niederländischen Parlaments

